

## **FMA-Mitteilung 2015/1: Elektronischer Geschäftsverkehr (e-Services)**

Referenz:	FMA-M 2015/1
Adressaten:	Personen unter der Aufsicht der FMA (Finanzmarktteilnehmende) / Wirtschaftsprüfungsgesellschaften
Publikation:	FMA-Website
Erlass:	13. Mai 2015
Inkraftsetzung:	1. Juni 2015
Letzte Änderung:	16. April 2024
Rechtliche Grundlagen:	<ul style="list-style-type: none"><li>• Art. 4 E-GovG</li><li>• Art. 5 E-GovG</li><li>• Art. 10 E-GovG</li><li>• Art. 11 ff. E-GovG</li></ul>
Anhänge:	<p>Anhang I: e-Service Meldepflichten und Anträge im Zuständigkeitsbereich des Bereichs Banken</p> <p>Anhang II: e-Service Meldepflichten im Zuständigkeitsbereich des Bereichs Versicherungen und Vorsorgeeinrichtungen</p> <p>Anhang III: e-Service Meldepflichten und Anträge im Zuständigkeitsbereich des Bereichs Asset Management und Märkte</p> <p>Anhang IV: e-Service Meldepflichten im Zuständigkeitsbereich des Bereichs Geldwäschereiprävention und Andere Finanzintermediäre</p> <p>Anhang V: e-Service Meldepflichten im Zuständigkeitsbereich der Abteilung Abwicklung (Abwicklungsbehörde)</p> <p>Anhang VI: e-Service Meldepflichten im Zuständigkeitsbereich der Abteilung Regulierungslabor/Finanzinnovation</p> <p>Anhang VII: e-Service Meldepflichten aufgrund der Marktmissbrauchsverordnung (Verordnung (EU) Nr. 596/2014)</p> <p>Änderungsverzeichnis</p>

## 1. Zweck und Inhalt

Diese FMA-Mitteilung regelt die Nutzung des e-Service Portals und der darauf verfügbaren e-Services (zusammen im Folgenden «e-Service Plattform») der Finanzmarktaufsicht (FMA) Liechtenstein.

## 2. Geltungsbereich

Diese Mitteilung gilt für alle juristischen und natürlichen Personen, sofern diese Unternehmen im Sinne von Art. 3 Abs. 1 Bst. g E-Government-Gesetz (E-GovG) sind und die e-Service Plattform der FMA nutzen (im Folgenden «Finanzmarktteilnehmende»).

## 3. Definition von e-Services

Ein e-Service, der auf der e-Service Plattform der FMA angeboten wird, ist eine über das Internet verfügbar gemachte Dienstleistung oder Ressource mit dem Ziel, die Kommunikation zwischen den Finanzmarktteilnehmenden und der FMA zu verbessern.

Die FMA bietet über die e-Service Plattform drei verschiedene Arten von e-Services an:

- informierende e-Services, welche den Finanzmarktteilnehmenden einfachen und effektiven Zugang zu vertraulichen Informationen (beispielsweise eingereichte Meldungen und Anträge) bieten.
- interaktive e-Services, welche den Finanzmarktteilnehmenden die Kontaktaufnahme und den Datenaustausch mit den jeweiligen Ansprechpersonen in der FMA erleichtern.
- transaktionale e-Services, welche den Finanzmarktteilnehmenden Zugang zu verschiedenen Grundformen von Transaktionen mit der FMA erlauben, u.a. e-Service Meldewesen, e-Service Antragswesen und die Userverwaltung für die auf der e-Service Plattform der FMA registrierten Personen mit den Berechtigungen «Superuser» oder «Standarduser» (zusammen im Folgenden «User»).

## 4. (Gesetzliche) Grundlagen

Den rechtlichen Rahmen dieser Mitteilung bilden insbesondere das Gesetz und die Verordnung über den elektronischen Geschäftsverkehr mit Behörden (E-Government-Gesetz und E-Government-Verordnung; E-GovG und E-GovV). Gemäss E-GovG ist die FMA im Rahmen der technischen Möglichkeiten grundsätzlich verpflichtet, im Geschäftsverkehr elektronisch zu kommunizieren (Art. 5 E-GovG). Dabei kann sie besondere Übermittlungsformen vorsehen (Art. 4 E-GovG). Die Anhänge dieser Mitteilung bezeichnen jene Meldungen und Anträge, welche die Finanzmarktteilnehmenden über die e-Service Plattform der FMA einzureichen haben (besondere Übermittlungsform gem. Art. 4 Abs. 2 E-GovG).

Über die e-Service Plattform der FMA ist es den Finanzmarktteilnehmenden aufgrund einer vorhergehenden eindeutigen Identifikation mittels der elektronischen Identifikationslösung «eID.li» der liechtensteinischen Landesverwaltung zudem möglich, verfahrensrechtlich relevante Handlungen vorzunehmen (Art. 11 ff. E-GovG).

Die Meldepflichten der Finanzmarktteilnehmenden bzw. die Form und Inhalte der mittels der e-Service Plattform einzureichenden Anträge richten sich nach den geltenden Spezialgesetzen, Verordnungen und konkretisierenden Erlassen (vgl. Art. 5 Abs. 1 Finanzmarktaufsichtsgesetz (FMAG)). Die Anhänge dieser Mitteilung nennen jene spezialgesetzlichen Meldepflichten an die FMA und jene Antragsformen, die mittels der e-Service Plattform bei der FMA eingereicht werden müssen.

Die Massnahmen und Sanktionen bei Verletzung von Meldepflichten bzw. die Rechtsfolgen bei formellen oder materiellen Mängeln der Einreichung werden in den jeweiligen Spezialgesetzen sowie den darauf basierenden Verordnungen bzw. dem Gesetz über die allgemeine Landesverwaltungspflege (LVG) geregelt.

Eine etwaige Haftung der FMA richtet sich nach Art. 21 FMAG sowie Art. 10 E-GovG.

## 5. Anmeldung zu den e-Services der FMA

Die Anmeldung erfolgt auf der Domain <https://portal.fma-li.li> mit den Benutzerdaten der von der FMA zugelassenen Legitimationsmittel (eID.li)<sup>1</sup>. Das oder die zusätzlich geforderten Legitimationsmittel können von der FMA jederzeit ergänzt, geändert oder ersetzt werden.

## 6. Systemanforderungen

Die Systemanforderungen für die Nutzung der e-Service Plattform sind auf der Website der FMA<sup>2</sup> publiziert.

Die in den Geltungsbereich dieser Mitteilung fallenden Finanzmarktteilnehmenden sind dafür verantwortlich, dass bei ihnen die technischen Voraussetzungen für den Zugang zur e-Service Plattform der FMA geschaffen werden. Dies betrifft insbesondere die Beschaffung der digitalen Identität eID.li.

## 7. Benutzerverwaltung

Die Verwaltung der Zugriffsrechte der e-Service Plattform basiert auf dem Prinzip der Selbstadministration. Die Finanzmarktteilnehmenden haben «Superuser» zu benennen, die für die interne Berechtigungsverwaltung verantwortlich sind.

Für das Meldewesen (ME) müssen Zeichnungsberechtigte der Finanzmarktteilnehmenden über den entsprechenden Registrierungsantrag mindestens einen User mit der Rolle «Superuser» ausstatten. Der «Superuser ME» hat Zugriff auf die Benutzerverwaltung von Meldewesen und Antragswesen.

Für den ersten «Superuser Antragswesen (AN)» erfolgt eine vereinfachte Prüfung des Registrierungsantrages durch die FMA, wobei keine Unterfertigung durch Zeichnungsberechtigte des Finanzmarktteilnehmenden erforderlich ist. Alle weiteren Superuser-Registrierungsanträge für das Antragswesen werden von den bestehenden Superuser ME oder AN des Finanzmarktteilnehmenden bearbeitet. Der Superuser AN kann im Gegensatz zum Superuser ME ausschliesslich Antragswesen-Benutzer und Rollen verwalten.

Diese Superuser übernehmen in der Folge die Berechtigungsverwaltung. Superuser können weitere User hinzufügen, ihre Zugriffsrechte anpassen und haben jederzeit die Möglichkeit, sämtliche Rollen eines Users zu deaktivieren.<sup>3</sup> Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass der Superuser bei einem Austritt eines Users (Superuser, Standarduser) dafür verantwortlich ist, die Zugriffsrechte zu deaktivieren bzw. zu übertragen.

## 8. Einreichungen

Die Finanzmarktteilnehmenden liefern die Meldung/den Antrag fristgerecht, vollständig, richtig und in der geforderten Form. Sie stellen dabei sicher, dass die für sie handelnden Personen (User) die Befugnis besitzen, Meldungen und Anträge rechtsgültig für sie zu erstatten. Jede Person, die sich mit den zur Verfügung stehenden Authentifizierungsmitteln entsprechend legitimiert, gilt gegenüber der FMA als berechtigt, für den Finanzmarktteilnehmenden Meldungen/Anträge über die e-Service Plattform der FMA rechtsgültig zu erstatten. Nach Einreichung der Meldung können Finanzmarktteilnehmende für ihre Angaben einen

---

<sup>1</sup> <https://eid.li/>

<sup>2</sup> <http://www.fma-li.li/de/e-service/support/systemvoraussetzungen.html>

<sup>3</sup> [Anleitung e-Service Benutzerverwaltung](#)

Stornierungsantrag stellen. Der Stornierungsantrag wird sodann von der FMA geprüft. Falls die FMA dem Stornierungsantrag stattgibt, erhält der User die betreffende Meldungsanforderung erneut zugeteilt. Inkorrekte oder unvollständige Einreichungen werden von der FMA von Amts wegen storniert. Mit der Stornierung einer bereits erstatteten Meldung lebt die Meldepflicht innerhalb der ursprünglichen Meldefrist wieder auf. Die Stornierung einer Meldung führt somit zu keiner (automatischen) Fristverlängerung, Fristhemmung oder Fristunterbrechung.

## 9. Probleme bei der Einreichung

Fachliche Fragen zum Registrierungs- und Meldeprozess sowie allgemeine Fragen zum Inhalt einer Meldung werden durch den zuständigen Fachbereich der FMA beantwortet:

- Fachbereich Geldwäschereiprävention und Andere Finanzintermediäre: [meldewesen.AFI@fma-li.li](mailto:meldewesen.AFI@fma-li.li)
- Fachbereich Banken: [meldewesen.BA@fma-li.li](mailto:meldewesen.BA@fma-li.li)
- Fachbereich Versicherungen und Vorsorgeeinrichtungen: [meldewesen.VVE@fma-li.li](mailto:meldewesen.VVE@fma-li.li)
- Fachbereich Asset Management und Märkte: [meldewesen.AMM@fma-li.li](mailto:meldewesen.AMM@fma-li.li)
- Abteilung Abwicklung (Abwicklungsbehörde): [abwicklungsbehoerde@fma-li.li](mailto:abwicklungsbehoerde@fma-li.li)
- Abteilung Regulierungslabor/Finanzinnovation: [meldewesen.SGL@fma-li.li](mailto:meldewesen.SGL@fma-li.li)

Fachliche Fragen zum Registrierungs- und Antragsprozess sowie allgemeine Fragen zum Inhalt eines Antrags werden durch den zuständigen Fachbereich der FMA beantwortet:

- Fachbereich Geldwäschereiprävention und Andere Finanzintermediäre: [antragswesen.AFI@fma-li.li](mailto:antragswesen.AFI@fma-li.li)
- Fachbereich Banken: [antragswesen.BA@fma-li.li](mailto:antragswesen.BA@fma-li.li)
- Fachbereich Versicherungen und Vorsorgeeinrichtungen: [antragswesen.VVE@fma-li.li](mailto:antragswesen.VVE@fma-li.li)
- Fachbereich Asset Management und Märkte: [antragswesen.AMM@fma-li.li](mailto:antragswesen.AMM@fma-li.li)
- Abteilung Abwicklung (Abwicklungsbehörde): [abwicklungsbehoerde@fma-li.li](mailto:abwicklungsbehoerde@fma-li.li)
- Abteilung Regulierungslabor/Finanzinnovation: [antragswesen.SGL@fma-li.li](mailto:antragswesen.SGL@fma-li.li)

Falls die Einreichung einer Meldung/eines Antrags aus technischen Gründen nicht möglich ist, ist dies der FMA umgehend zu melden ([e-service@fma-li.li](mailto:e-service@fma-li.li)). Technische Probleme auf Seiten der User heben die Pflicht zur termingerechten Meldung nicht auf.

## 10. Datenqualität

Die Finanzmarktteilnehmenden sind für die materiell und formell korrekte Einreichung der übermittelten Daten verantwortlich. Sie implementieren angemessene Verfahren und Kontrollen zur Sicherstellung der Datenqualität und integrieren diese in ihr internes Kontrollsystem (IKS) sowie ins Risikomanagement. Werden Meldungen im Zuge von Datenqualitätsprüfungen der FMA oder der europäischen Aufsichtsbehörden zur erneuten Prüfung oder Neueinreichung zurückgewiesen, führen die Finanzmarktteilnehmenden eine Überprüfung der bestehenden Systeme und Prozesse durch und nehmen notwendige Anpassungen vor, um gleichartige Fehler bei künftigen Meldungen zu vermeiden.

Die anwendbaren gesetzlichen Bestimmungen sowie die darauf basierenden Verordnungen bleiben von den Pflichten gemäss dieser Mitteilung unberührt.

## **11. Wartung**

Zur Aufrechterhaltung der Qualität und Sicherheit der Leistungen der e-Services sind Wartungsfenster notwendig. Während dieser Wartungsfenster stehen die e-Service Plattform und die e-Services nicht zur Verfügung. Die geplanten Wartungsfenster und die daraus resultierenden Zugriffsbeschränkungen werden rechtzeitig vor der geplanten Wartung an die User bekannt gegeben.

## **12. Datenschutz**

Die FMA verarbeitet personenbezogene Daten ausschliesslich nach den allgemeinen Datenverarbeitungsgrundsätzen der Datenschutz-Grundverordnung (Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG) sowie nach dem geltenden Datenschutzrecht.

Sämtliche Informationen zur Verarbeitung personenbezogener Daten, einschliesslich der Angaben zum Verarbeitungszweck, zum Datenverantwortlichen sowie zu den Betroffenenrechten sind in der FMA-Information zum Datenschutz enthalten: <https://www.fma-li.li/de/fma/datenschutz/fma-information-zum-datenschutz.html>.

## **13. Schlussbestimmungen und Inkrafttreten**

Die Grundlagen des Melde- und Antragswesens, insbesondere Massnahmen und Sanktionen bei der Verletzung von Meldepflichten bzw. die Rechtsfolgen bei formellen oder materiellen Mängeln der Einreichung, werden durch die jeweils anwendbaren Spezialgesetze, den darauf basierenden Verordnungen sowie dem LVG geregelt.

Die Anhänge sind Bestandteil dieser Mitteilung.

Weitere Informationen und Hilfestellungen zur e-Service Plattform sind auf der Website der FMA zu finden.

Diese Mitteilung wurde von der Geschäftsleitung am 13. Mai 2015 erlassen und trat am 1. Juni 2015 in Kraft.

Das Änderungsverzeichnis ist am Ende dieser Mitteilung angefügt.

Für weitere Rückfragen steht die FMA zur Verfügung.

Bereich Operations

Informations- und Kommunikationstechnologien

Telefon: +423 236 73 73

E-Mail: [info@fma-li.li](mailto:info@fma-li.li)

## Anhang I: e-Service Meldepflichten und Anträge im Zuständigkeitsbereich des Bereichs Banken

Bei Fragen zu mit \* gekennzeichneten Meldungen wenden Sie sich bitte an den Fachbereich Geldwäschereiprävention und Andere Finanzintermediäre: [meldewesen.AFI@fma-li.li](mailto:meldewesen.AFI@fma-li.li)

### Banken und Wertpapierfirmen

Art des Antrags	Datum ab dem der Antrag über die e-Service Plattform einzureichen ist
Beurteilung der Gewähr für einwandfreie Geschäftstätigkeit (BankG)	1. März 2024

Art der Meldung	Datum der erstmaligen Meldung über die e-Service Plattform (per Stichtag)
Monatliche Berichterstattung für Banken und Wertpapierfirmen (konsolidiert und nicht konsolidiert) nach Verordnung (EU) 575/2013 Art. 430 Abs. 1 Bst. d (Durchführungsverordnung 2021/451 Art. 16, Anhang XXIV und XXV), FMA-Wegleitung 2017/7 – CoRep LCR & ALMM	31. März 2016
Vierteljährliche Berichterstattung für Banken und Wertpapierfirmen (konsolidiert und nicht konsolidiert) Verordnung (EU) 575/2013 Art. 430 Art. 1 Bst. a (Durchführungsverordnung 2021/451 Art. 5 und Art. 7, Anhang I und Anhang II), FMA-Mitteilung 2017/10 – CoRep OF	31. März 2016
Vierteljährliche Berichterstattung für Banken und Wertpapierfirmen (konsolidiert und nicht konsolidiert) nach Verordnung (EU) 575/2013 Art. 430 Abs. 1 Bst. a iVm Art. 429 (Durchführungsverordnung 2021/451 Art. 15, Anhang X und XI) – CoRep LR	31. März 2016
Vierteljährliche Berichterstattung für Banken und Wertpapierfirmen (konsolidiert und nicht konsolidiert) nach Verordnung (EU) 575/2013 Art. 430 iVm Art. 394 (Durchführungsverordnung 2021/451 Art. 14, Anhang VIII und IX), FMA-Mitteilung 2017/10 – CoRep LE	31. März 2016
Vierteljährliche Berichterstattung für Banken und Wertpapierfirmen (konsolidiert und nicht konsolidiert) nach Verordnung (EU) 575/2013 Art. 430 Abs. 1 Bst. d (Durchführungsverordnung 2021/451 Art. 17, Anhang XII und XIII), FMA-Wegleitung 2017/7 – CoRep NSFR	31. März 2016
Vierteljährliche Berichterstattung für Banken und Wertpapierfirmen (konsolidiert und nicht konsolidiert) nach Verordnung (EU) 575/2013 Art. 430 Abs. 1 Bst. g (Durchführungsverordnung 2021/451 Art. 19, Anhang XIV) – FinRep AE	31. März 2016
Vierteljährliche Berichterstattung für Banken und Wertpapierfirmen (konsolidiert und nicht konsolidiert) nach Art. 24n Abs. 1, Abs. 3 BankV – FINREP local	31. März 2018

Vierteljährliche Berichterstattung für Banken und Wertpapierfirmen (konsolidiert oder nicht konsolidiert) nach RL (EU) 2013/36 Art. 84, Art. 98 Abs. 5, EBA/GL/2018/02, FMA-Wegleitung 2019/11 - IRRBB	31. Dezember 2019
Vierteljährliche Berichterstattung für Banken (auf höchster Konsolidierungsstufe) nach Verordnung (EU) 575/2013 Art. 430b Abs. 6 (Durchführungsverordnung (EU) Nr. 2021/453) – COREP FRTB	31. Dezember 2022
Vierteljährliche Berichterstattung für Banken und Wertpapierfirmen (konsolidiert und nicht konsolidiert) nach Verordnung (EU) 575/2013 Art. 430 Abs. 3 (Durchführungsverordnung (EU) Nr. 2021/451 Art. 11, Anhang III, Anhang V) – FINREP IFRS	30. Juni 2016
Halbjährliche Berichterstattung für Banken und Wertpapierfirmen (konsolidiert und nicht konsolidiert) nach Verordnung (EU) 575/2013 Art. 430 Abs. 3 (Durchführungsverordnung (EU) Nr. 2021/451 Art. 11, Anhang III, Anhang V) – FINREP IFRS	30. Juni 2016
Halbjährliche Berichterstattung für Banken und Wertpapierfirmen (konsolidiert und nicht konsolidiert) nach Art. 24m Abs. 2 BankV - Zwischenabschluss	30. Juni 2017
Halbjährliche Berichterstattung für Banken und Wertpapierfirmen nach Art. 31a Abs. 1 Bst. i BankV, FMA-Mitteilung 2015/2 - Kundenbeschwerden	31. Dezember 2017
Halbjährliche Berichterstattung für Banken und Wertpapierfirmen (konsolidiert und nicht konsolidiert) nach Art. 24n Abs. 1, Abs. 3 BankV – FINREP local	31. Dezember 2017
Halbjährliche Berichterstattung für Banken und Wertpapierfirmen gemäss Art. 102 ZDG – Meldung von Betrugsfällen	30. Juni 2020
Jährliche Berichterstattung für Banken und Wertpapierfirmen (konsolidiert und nicht konsolidiert) ) nach Verordnung (EU) 575/2013 Art. 430 Abs. 3 (Durchführungsverordnung (EU) Nr. 2021/451 Art. 11, Anhang III, Anhang V)– FINREP IFRS	31. Dezember 2016
Jährliche Berichterstattung für Banken und Wertpapierfirmen nach Art. 24m Abs. 2 BankV - Geschäftsbericht	31. Dezember 2016
Jährliche Berichterstattung für Banken und Wertpapierfirmen gemäss FMA-Mitteilung 2017/4 iVm Art. 4, 7a, 7b, 7c, 8, 19 und 35 ff BankG, Art. 21c ff BankV und Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (konsolidiert oder nicht konsolidiert) – ICAAP (inkl. ICAAP quantitativ)	31. Dezember 2017
Jährliche Berichterstattung für Banken und Wertpapierfirmen gemäss Art. 35 Abs. 2 Bst. a BankG (konsolidiert oder nicht konsolidiert) - Korrespondenzbankbeziehungen	31. Dezember 2020
Jährliche Berichterstattung für Banken und Wertpapierfirmen gemäss FMA-Mitteilung 2017/6 iVm Art. 5, 7a, 19 und 35ff BankG, Art. 21p BankV und Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (konsolidiert oder nicht konsolidiert) - ILAAP	31. Dezember 2017
Jährliche Meldung für Sorgfaltspflichtige nach Art. 3 Abs. 1 Bst. a, b, e, f, h und Abs. 2 SPG gemäss Art. 37b Abs. 1 Bst. a SPV*	31. Dezember 2017
Jährliche Berichterstattung für Banken und Wertpapierfirmen gemäss FMA-Wegleitung 2017/9 und nach Verordnung (EU) 575/2013 Art. 431 ff - Offenlegung	31. Dezember 2017

Jährliche Berichterstattung für Banken und Wertpapierfirmen gemäss Art. 6 SAG, Anhang I SAG Art. 4 und 5 SAV, FMA-Wegleitung 2017/6 - Sanierungsplan	31. Dezember 2017
Jährliche Berichterstattung für Banken und Wertpapierfirmen (konsolidiert) nach Art. 24n Abs. 3 Bst. c BankV – Zusätzliche Informationen zu verwalteten Kundenvermögen (AuM)	31. Dezember 2018
Jährliche Berichterstattung für Banken und Wertpapierfirmen (konsolidiert und nicht konsolidiert) nach Art. 24n Abs. 1, Abs. 3 BankV, Art. 35 Abs. 2 Bst. a BankG – FINREP local	31. Dezember 2017
Jährliche Berichterstattung für Banken und Wertpapierfirmen (nicht konsolidiert) gemäss Richtlinie 2013/36/EU Art. 75 Abs. 3; Verordnung (EU) Nr. 575/2013 Art. 450 Abs. 1 Bst i, EBA/GL/2022/08 – High Earner	31. Dezember 2018
Jährliche Berichterstattung für Banken und Wertpapierfirmen (konsolidiert) gemäss Richtlinie 2013/36/EU Art. 75; Verordnung (EU) Nr. 575/2013 Art. 450 Abs. 1 Bst. g, h, i; EBA/GL/2022/06 – Remuneration Benchmarking Exercise	31. Dezember 2018
Jährliche Berichterstattung für Banken und Wertpapierfirmen gemäss Art. 101 Abs. 2 ZDG - Umgang mit operationellen und sicherheitsrelevanten Risiken im Zusammenhang mit Zahlungsdiensten	31. Dezember 2019
Jährliche Berichterstattung für Banken und Wertpapierfirmen gemäss Art. 26 Abs. 1 Bst. b bis BankG - Reglementsbestand	31. Dezember 2019
Jährliche Berichterstattung für Bankgruppen gemäss Art. 35 Abs. 2 Bst. A BankG; EBA/GL/2019/05 – Funding Plan	31. Dezember 2022
Jährliche Berichterstattung für Banken und Wertpapierfirmen gemäss Art. 26 Abs. 1a BankG – Qualifiziert beteiligte Aktionäre	31. Dezember 2022
Jährliche Berichterstattung für Banken und Wertpapierfirmen gemäss Art. 26 Abs. 1b BankG – Anteilseigner	31. Dezember 2022
Zweijährliche Berichterstattung für Banken und Wertpapierfirmen gemäss Art. 6 SAG, Anhang I SAG Art. 4 und 5 SAV, FMA-Wegleitung 2017/6 - Sanierungsplan	31. Dezember 2018
Zweijährliche Berichterstattung für Banken und Wertpapierfirmen (nicht konsolidiert) gemäss Richtlinie 2013/36/EU Art. 75; Verordnung (EU) Nr. 575/2013 Art. 450; EBA/GL/2022/06 – Higher Ratio	31. Dezember 2023
Dreijährige Berichterstattung für Banken und Wertpapierfirmen (nicht konsolidiert) gemäss Richtlinie 2013/36/EU Art. 75, Art. 92 ff; Verordnung (EU) Nr. 575/2013 Art. 450 Abs. 1 Bst. g, h; EBA/GL/2022/06 – Gender Pay Gap	31. Dezember 2023
Dreijährige Berichterstattung für Banken und Wertpapierfirmen (nicht konsolidiert) gemäss Richtlinie 2013/36/EU Art. 91 iVm Art. 75; Richtlinie (EU) Nr. 2019/2034 Art. 34; EBA/GL/2023/08 – Diversity Benchmarking Exercise	31. Dezember 2024
Bezug der Sicherheitszertifikate für die Erfüllung der Pflicht zur Meldung von Geschäften nach Art. 26 MiFIR	3. Januar 2018 <sup>4</sup>

<sup>4</sup> Die Erfüllung der Meldepflichten nach Art. 26 MiFIR erfolgt nicht über das e-Service Portal. Das e-Service Portal wird lediglich für den sicheren Austausch der zur Meldung notwendigen Sicherheitszertifikate verwendet.

Kontrollbericht über die Ergebnisse der ordentlichen Sorgfaltspflichtkontrollen gemäss Art. 24 Abs. 4 SPG*	31. Dezember 2018
--	-------------------

### E-Geld-Institute und Zahlungsinstitute

Art des Antrags	Datum ab dem der Antrag über die e-Service Plattform einzureichen ist
Beurteilung der Gewähr für einwandfreie Geschäftstätigkeit (EGG/ZDG)	1. März 2024

Art der Meldung	Datum der erstmaligen Meldung über die e-Service Plattform (per Stichtag)
Vierteljährliche Berichterstattung für E-Geld-Institute und Zahlungsinstitute (nicht konsolidiert) nach Art. 6a EGV iVm Art. 5 Abs. 1a ZDV – Nachweis des Eigenkapitals und Berechnung der erforderlichen Eigenmittel	30. Juni 2015
Vierteljährliche Berichterstattung für E-Geld-Institute und Zahlungsinstitute gemäss Art. 6a EGV iVm Art. 5 Abs. 1c ZDV – Finanzreporting bzw. FinRep Local E-Geld / ZI	31. März 2020
Halbjährliche Berichterstattung für E-Geld-Institute und Zahlungsinstitute nach FMA-Mitteilung 2015/2 – Kundenbeschwerden	31. Dezember 2017
Halbjährliche Berichterstattung für E-Geld-Institute und Zahlungsinstitute gemäss Art. 102 ZDG – Meldung von Betrugsfällen	30. Juni 2020
Jährliche Berichterstattung für E-Geld-Institute und Zahlungsinstitute nach Art. 16 EGG – Geschäftsbericht	31. Dezember 2017
Jährliche Berichterstattung für E-Geld-Institute und Zahlungsinstitute nach Art. 16 EGG – Zwischenabschluss	30. Juni 2017
Jährliche Berichterstattung für E-Geld-Institute und Zahlungsinstitute gemäss Art. 6a EGV iVm Art. 5 Abs. 1d ZDV – Finanzreporting	
Jährliche Berichterstattung für E-Geld-Institute und Zahlungsinstitute nach Art. 101 Abs. 2 ZDG – Umgang mit operationellen und sicherheitsrelevanten Risiken im Zusammenhang mit Zahlungsdiensten	31. Dezember 2019
Jährliche Meldung für Sorgfaltspflichtige nach Art. 3 Abs. 1 Bst. a, b, e, f, h und Abs. 2 SPG gemäss Art. 37b Abs. 1 Bst. a SPV*	31. Dezember 2017
Kontrollbericht über die Ergebnisse der ordentlichen Sorgfaltspflichtkontrollen gemäss Art. 24 Abs. 4 SPG*	31. Dezember 2018

### Spezialgesetzliche Revisionsgesellschaften

Art der Meldung	Datum der erstmaligen Meldung über die e-Service Plattform (per Stichtag)
Jährliche Berichterstattung für Revisionsgesellschaften nach Art. 37b BankG - Revisionsbericht	31. Dezember 2016
Jährliche Berichterstattung für Revisionsgesellschaften nach Art. 27 SPG*	31. Dezember 2016
Jährliche Übermittlung der Risikoanalyse / Prüfstrategie	1. Januar 2018
Jährliche Meldung für Spezialgesetzliche Revisionsgesellschaften nach Art. 37c Abs. 1 Bst. c BankG – leitender Revisor	30. September 2019
Jährliche Meldung für Spezialgesetzliche Revisionsgesellschaften nach 37c Abs. 1 Bst. d BankG - Geschäftsbericht	31. Dezember 2018

### Liechtensteinische Post AG

Art der Meldung	Datum der erstmaligen Meldung über die e-Service Plattform (per Stichtag)
Jährliche Meldung für Sorgfaltspflichtige nach Art. 3 Abs. 1 Bst. a, b, e, f, h und Abs. 2 SPG gemäss Art. 37b Abs. 1 Bst. a SPV*	31. Dezember 2017
Kontrollbericht über die Ergebnisse der ordentlichen Sorgfaltspflichtkontrollen gemäss Art. 24 Abs. 4 SPG*	31. Dezember 2018

### Agenten von E-Geld- und Zahlungsinstituten aus dem Ausland

Art der Meldung	Datum der erstmaligen Meldung über die e-Service Plattform (per Stichtag)
Jährliche Meldung für Sorgfaltspflichtige nach Art. 3 Abs. 1 Bst. a, b, e, f, h und Abs. 2 SPG gemäss Art. 37b Abs. 1 Bst. a SPV*	31. Dezember 2017
Kontrollbericht über die Ergebnisse der ordentlichen Sorgfaltspflichtkontrollen gemäss Art. 24 Abs. 4 SPG*	31. Dezember 2018

### Sicherungseinrichtung

Art der Meldung	Datum der erstmaligen Meldung über die e-Service Plattform (per Stichtag)
Vierteljährliche Meldung der Sicherungseinrichtung nach Art. 26 Abs. 1 EAG	30. Juni 2019
Jährliche Meldung der Sicherungseinrichtung nach Art. 26 Abs. 2 EAG	31. Dezember 2019

Jährliche Meldung der Sicherungseinrichtung nach Art. 43 Abs. 2 EAG	31. Dezember 2019
--	-------------------

## Anhang II: e-Service Meldepflichten im Zuständigkeitsbereich des Bereichs Versicherungen und Vorsorgeeinrichtungen

Bei Fragen zu mit \* gekennzeichneten Meldungen wenden Sie sich bitte an den Fachbereich Geldwäschereiprävention und Andere Finanzintermediäre: [meldewesen.AFI@fma-li.li](mailto:meldewesen.AFI@fma-li.li)

Art der Meldung	Datum der erstmaligen Meldung über die e-Service Plattform (per Stichtag)
Jährliche quantitative Berichterstattung für Vorsorgeeinrichtungen nach Art. 18 Bst. b Abs. 2 BPVG	31. Dezember 2016
Halbjährliche Berichterstattung für Vorsorgeeinrichtungen nach Art. 18 Bst. b Abs. 2 BPVG i.V.m Art. 34 Abs. 4 BPVV	30. Juni 2015
Jährliche Berichterstattung für Vorsorgeeinrichtungen nach Art. 18 Bst. b Abs. 2 BPVG i.V.m. Art. 34 Abs. 4 BPVV als Ergänzung zur jährlichen quantitativen Berichterstattung für Vorsorgeeinrichtungen. Zu den einzureichenden Dokumenten werden auf der Website der FMA ( <a href="http://www.fma-li.li">www.fma-li.li</a> ) und in e-Service jährlich genaue Vorgaben bekannt gegeben	31. Dezember 2020
Jährliche Berichterstattung der Revisionsstellen für Vorsorgeeinrichtungen nach Art. 23 Abs.2 Bst. d BPVG i.V.m. Art. 41 BPVV sowie der entsprechend gültigen Revisionsprüfrichtlinie (RPR)	31. Dezember 2020
Jährliche quantitative Vorlagen (XBRL-Files der QRTs) der Versicherungsunternehmen an die FMA nach Art. 99 VersAG i. V. m. Art. 304 Abs. 1 Bst. d der Delegierten Verordnung (EU) 2015/35	31. Dezember 2016
Vierteljährliche quantitative Vorlagen (XBRL-Files der QRTs) der Versicherungsunternehmen an die FMA nach Art. 99 VersAG i. V. m. Art. 304 Abs. 1 Bst. d der Delegierten Verordnung (EU) 2015/35	31. März 2016
Jährliche quantitative statutarische Berichterstattung für Versicherungen nach Art. 99	31. Dezember 2016
Jährliche Berichterstattung für Versicherungen nach Art. 99 VersAG i.V.m. Art. 40 VersAV als Ergänzung zur jährlichen quantitativen Berichterstattung für Versicherungsunternehmen. Zu den einzureichenden Dokumenten werden auf der Website der FMA ( <a href="http://www.fma-li.li">www.fma-li.li</a> ) und in e-Service jährlich genaue Vorgaben bekannt gegeben	31. Dezember 2020
Jährliche Berichterstattung der Revisionsstellen für Versicherungsunternehmen gemäss Art. 102 -Bst. 3 VersAG i.V.m. der entsprechend gültigen Revisionsprüfrichtlinie (RPR)	31. Dezember 2020
Vierteljährliche statutarische Berichterstattung für Versicherungen nach Art. 99	31. März 2017

Regular Supervisory Reporting (RSR) der Versicherungen nach Art. 99 VersAG und Art. 39-42 VersAV i. V. m. Art. 304 -314 der Delegierten Verordnung (EU) 2015/35	31. Dezember 2016
Solvency and Financial Condition Report (SFCR) der Versicherungen nach Art. 100 VersAG und Art. 44-46 VersAV i. V. m. Art. 290 – 303, 304 Abs.1 Bst. a der Delegierten Verordnung (EU) 2015/35	31. Dezember 2016
Own Risk and Solvency Assessment (ORSA) der Versicherungen nach Art. 37 VersAG i.V.m. Art. 306 und 304 Abs. 1 Bst. c der Delegierten Verordnung (EU) 2015/35	ab 1. Januar 2016
Jährliche Meldung für Sorgfaltpflichtige nach Art. 3 Abs. 1 Bst. d und g SPG gemäss Art. 37b Abs. 1 Bst. a SPV*	31. Dezember 2017
Kontrollbericht über die Ergebnisse der ordentlichen Sorgfaltpflichtkontrollen gemäss Art. 24 Abs. 4 SPG*	31. Dezember 2018
Vierteljährliche Berichterstattung (XBRL-Files) der Pensionsfonds nach Art. 44 PFG	30. September 2019
Jährliche Berichterstattung (XBRL –Files) der Pensionsfonds nach Art. 44 PFG	31. Dezember 2019
Jährliche Berichterstattung für Pensionsfonds nach Art. 44 PFG. Zu den einzureichenden Dokumenten werden auf der Website der FMA ( <a href="http://www.fma-li.li">www.fma-li.li</a> ) und in e-Service jährlich genaue Vorgaben bekannt gegeben	31. Dezember 2020
Jährliche Berichterstattung der Revisionsstellen für Pensionsfonds nach Art. 62 i.V.m. Art 18. Abs. 5 sowie der entsprechend gültigen Revisionsprüfrichtlinie (RPR)	31. Dezember 2020
Jährliche Berichterstattung nach Art. 68 VersVertG inkl. Meldung der eingenommenen Bruttoerträge nach Art. 34a Abs. 1 FMAG	31. Dezember 2020

## Anhang III: e-Service Meldepflichten und Anträge im Zuständigkeitsbereich des Bereichs Asset Management und Märkte

Bei Fragen zu mit \* gekennzeichneten Meldungen wenden Sie sich bitte an den Fachbereich Geldwäschereiprävention und Andere Finanzintermediäre: [meldewesen.AFI@fma-li.li](mailto:meldewesen.AFI@fma-li.li)

Art des Antrags	Datum ab dem der Antrag über die e-Service Plattform einzureichen ist
Fonds Neuantrag (AIFMG/UCITSG/IUG)	1. Mai 2024
Fonds Änderungsantrag (AIFMG/UCITSG/IUG)	1. Mai 2024

Art der Meldung	Datum der erstmaligen Meldung über die e-Service Plattform (per Stichtag)
AIFM-Formblatt für die Berichterstattung nach Art. 3 Abs. 3 und Art. 107 AIFMG <sup>5</sup>	31. Dezember 2015
AIF-Formblatt für die Berichterstattung nach Art. 3 Abs. 3 und Art. 107 AIFMG <sup>4</sup>	31. Dezember 2015
Halbjährliche Berichterstattung für Fonds nach Art. 46 IUV 2015, nach Art. 124 Abs. 2 UCITSV und nach Art. 157 Abs. 6 AIFMG, Art. 107 Abs. 7 bis 9 AIFMG i.V.m. Art. 105 AIFMV <sup>6</sup>	30. Juni 2016
Halbjährliche Berichterstattung für Verwaltungsgesellschaften bzw. AIFM nach IUG, UCITSG und AIFMG; nach Art. 46 IUV 2015, nach Art. 124 Abs. 2 UCITSV und Art. 157 Abs. 6 AIFMG, Art. 107 Abs. 7 bis 9 AIFMG i.V.m. Art. 105 AIFMV <sup>5</sup>	30. Juni 2016
Halbjährliche Berichterstattung für Vermögensverwaltungsgesellschaften nach Art. 28 Abs. 2 VVG i.V.m. Art. 14 Abs. 1 VVO	31. Dezember 2017
Bezug der Sicherheitszertifikate für die Erfüllung der Pflicht zur Meldung von Geschäften nach Art. 26 MiFIR <sup>7</sup>	3. Januar 2018 <sup>8</sup>
Jährliche Meldung für Sorgfaltspflichtige nach Art. 3 Abs. 1 Bst. c und i SPG gemäss Art. 37b Abs. 1 Bst. a SPV*	31. Dezember 2017 <sup>9</sup>
Halbjährliche Berichterstattung für Vermögensverwaltungsgesellschaften nach VVG sowie Verwaltungsgesellschaften bzw. AIFM	30. Juni 2018

<sup>5</sup> Art. 107 AIFMG statuiert für AIFM mit Domizil Liechtenstein eine periodische Berichtspflicht für den AIFM sowie für jeden vom AIFM verwalteten AIF. Die Details über die Berichtspflichten sind in den verbindlich erklärten Leitlinien ESMA/2014/869DE (vgl. FMA-Mitteilung 2012/02) sowie der „Wegleitung: Berichtspflichten für AIF und AIFM“, aufgeschaltet auf der Webseite der Finanzmarktaufsicht (FMA) Liechtenstein, [www.fma-li.li](http://www.fma-li.li), definiert.

<sup>6</sup> Diese Meldungen sind von den Verwaltungsgesellschaften und Investmentgesellschaften nach IUG, UCITSG und AIFMG per 30. Juni und per 31. Dezember zu erstellen und der FMA innerhalb von zwei Monaten elektronisch über die e-Service Plattform der FMA einzureichen.

<sup>7</sup> Verordnung (EU) Nr. 600/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über Märkte für Finanzinstrumente und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012

<sup>8</sup> Die Erfüllung der Meldepflichten nach Art. 26 MiFIR erfolgt nicht über das e-Service Portal. Das e-Service Portal wird lediglich für den sicheren Austausch der zur Meldung notwendigen Sicherheitszertifikate verwendet.

<sup>9</sup> Fonds, für welche die Verwaltungsgesellschaft bislang nicht das Anteilsregister führt, waren erstmalig mit Stichtag 31. Dezember 2018 meldepflichtig.

nach UCITSG und AIFMG gemäss FMA-Mitteilung 2015/2 – Beschwerdebearbeitung resp. nach Art. 10a Abs. 1 und Abs. 5 VVO, Art. 49 UCITSV und Art. 105 AIFMV.	
Kontrollbericht über die Ergebnisse der ordentlichen Sorgfaltspflichtkontrollen gemäss Art. 24 Abs. 4 SPG*	31. Dezember 2018
Quartalsmässige Meldung für Abwicklungsinternalisierer gem. Art. 9 CSDR <sup>10</sup>	31. März 2020

<sup>10</sup> Verordnung (EU) Nr. 909/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 zur Verbesserung der Wertpapierlieferungen und -abrechnungen in der Europäischen Union und über Zentralverwahrer sowie zur Änderung der Richtlinien 98/26/EG und 2014/65/EU und der Verordnung (EU) Nr. 236/2012

**Anhang IV: e-Service Meldepflichten im Zuständigkeitsbereich des Bereichs Geldwäschereiprävention und Andere Finanzintermediäre**

<b>Art der Meldung</b>	<b>Datum der erstmaligen Meldung über die e-Service Plattform (per Stichtag)</b>
Jährliche Meldung für Sorgfaltspflichtige nach Art. 3 Abs. 1 Bst. f, k, l, n bis q SPG gemäss Art. 37b Abs. 1 Bst. a SPV	31. Dezember 2017
Kontrollbericht über die Ergebnisse der ordentlichen Sorgfaltspflichtkontrollen gemäss Art. 24 Abs. 4 SPG	31. Dezember 2018
Jährliche Meldung der Daten zur Berechnung der Aufsichtsabgaben für Abgabepflichtige der Beaufsichtigtenkategorien nach Anhang 2 FMAG, Kapitel IV (mit Ausnahme von Abschnitt C) und Kapitel V	31. Dezember 2020
Jährliche Meldung für SPG-Prüfer nach FMA-RL 2013/2	31. Dezember 2021
Jährlicher Prüfbericht über die Aufsichtsprüfung nach Art. 61b Abs. 1 Bst. a und b TrHG i.V.m. Art. 22e Abs. 1 TrHG	31. Dezember 2021
Jährliche Meldung der Abschlussprüfungsmandate nach Art. 27 WPG	30. September 2022

## Anhang V: e-Service Meldepflichten im Zuständigkeitsbereich der Abteilung Abwicklung (Abwicklungsbehörde)

Kreditinstitute und Wertpapierfirmen im Anwendungsbereich des Gesetzes über die Sanierung und Abwicklung von Banken und Wertpapierfirmen (SAG) und der Richtlinie 2014/59/EU

Art der Meldung	Datum der erstmaligen Meldung über die e-Service Plattform (per Stichtag)
Sämtliche Meldeformulare gemäss der Verordnung (EU) 2018/1624 («Resolution Reporting»)	31. Dezember 2019
Sämtliche Meldeformulare gemäss der Durchführungsverordnung (EU) 2021/763 («MREL-Reporting»)	30. Juni 2023
Meldeformular gemäss Art. 32d delegierte Verordnung (EU) 241/2014 («MREL Forecast Template»)	31. Dezember 2023
Single Customer Reporting gemäss Art. 12 Abs. 5 und Art. 14 SAG («SCV File»)	31. Dezember 2022
Resolvability Questionnaire gemäss art. 12 Abs. 5 und Art. 14 SAG («Res-Q»)	31. Dezember 2022

## Anhang VI: e-Service Meldepflichten im Zuständigkeitsbereich der Abteilung Regulierungslabor/Finanzinnovation

Bei Fragen zu mit \* gekennzeichneten Meldungen wenden Sie sich bitte an den Fachbereich Geldwäschereiprävention und Andere Finanzintermediäre: [meldewesen.AFI@fma-li.li](mailto:meldewesen.AFI@fma-li.li)

Art der Meldung	Datum der erstmaligen Meldung über die e-Service Plattform (per Stichtag)
Bestätigung des Erfüllens der Registrierungsvoraussetzungen (Art. 5 Abs. 1 TVTV)	31. Dezember 2020
Nachweis des erforderlichen Mindestkapitals (Art. 5 Abs. 2 TVTV)	31. Dezember 2020
Jährliche Meldungen hinsichtlich Aufsichtsabgaben nach Kapitel IX Anhang 2 FMAG	31. Dezember 2020
Informationen über die Geschäftstätigkeit (Art. 28 Abs. 2 TVTG)	31. Dezember 2020
Jährliche Meldung für Sorgfaltspflichtige nach Art. 3 Abs. 1 Bst. c und i SPG gemäss Art. 37b Abs. 1 Bst. a SPV*	31. Dezember 2020 <sup>11</sup>

<sup>11</sup> Gilt nur für sorgfaltspflichtige VT-Dienstleister

**Anhang VII: e-Service Meldepflichten aufgrund der Marktmissbrauchsverordnung  
(Verordnung (EU) Nr. 596/2014)**

<b>Art der Meldung</b>	<b>Datum der erstmaligen Meldung über die e-Service Plattform (per Stichtag)</b>
Meldung nach Art. 16 Abs. 1 und 2 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über Marktmissbrauch (Marktmissbrauchsverordnung) und zur Aufhebung der Richtlinie 2003/6/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und der Richtlinien 2003/124/EG, 2003/125/EG und 2004/72/EG der Kommission	<b>anlassbezogen</b>

## Änderungsverzeichnis

Am 4. April 2017 wurden folgende Änderungen vorgenommen:

- Abschnitt 2 bzw. generell: Ausdehnung des Geltungsbereichs der Mitteilung auf Revisionsgesellschaften
- Abschnitt 2: Ausdehnung des Geltungsbereichs der Mitteilung auf natürliche Personen im Sinne von Art. 6 Abs. 2 E-GovG
- Abschnitt 4: Schaffung der Möglichkeit zur Verrechnung eines Mehraufwandes an natürliche Personen; Streichung der Datumsangabe für die erstmalige Einreichung (1. Juli 2015); Ergänzung der Haftungsbestimmungen um Art. 10 E-GovG
- Abschnitt 11: Einfügung eines Änderungsverzeichnisses
- Anhang I: Erweiterung des Anhangs um weitere Meldungen
- Anhang II: Erweiterung des Anhangs um weitere Meldungen
- Anhang III: Ergänzung der Bezeichnung des Aufsichtsbereichs Wertpapiere und Märkte

Die Änderungen vom 4. April 2017 traten am 7. April 2017 in Kraft.

Am 11. Juli 2017 wurden folgende Änderungen vorgenommen:

- Abschnitt 8: Ergänzung der Bezeichnung des Aufsichtsbereichs Wertpapiere und Märkte; Änderung der Emailadresse
- Anhang III: Erweiterung des Anhangs um weitere Meldungen

Die Änderungen vom 11. Juli 2017 traten am 12. Juli 2017 in Kraft.

Am 3. Oktober 2017 wurden folgende Änderungen vorgenommen:

- Anhang I: Erweiterung des Anhangs um weitere Meldungen
- Anhang II: Erweiterung des Anhangs um eine weitere Meldung
- Anhang III: Erweiterung des Anhangs um weitere Meldungen
- Anhang IV: Erstmalige Aufnahme einer Meldung

Die Änderungen vom 3. Oktober 2017 traten am 4. Oktober 2017 in Kraft.

Am 19. Dezember 2017 wurden folgende Änderungen vorgenommen:

- Anhang I: Neugliederung des Anhangs
- Anhang I: Erweiterung des Anhangs um weitere Meldungen

Die Änderungen vom 19. Dezember 2017 traten am 1. Januar 2018 in Kraft.

Am 27. März 2018 wurden folgende Änderungen vorgenommen:

- Anhang I: Erweiterung des Anhangs um weitere Meldungen
- Anhang III: Erweiterung des Anhangs um weitere Meldungen

Die Änderungen vom 27. März 2018 traten am 1. April 2018 in Kraft.

Am 7. August 2018 wurden folgende Änderungen vorgenommen:

- Abschnitt 11 und 12: Einfügen des Abschnitts Datenschutz; Änderungsverzeichnis nun unter Abschnitt 12

Die Änderungen vom 7. August 2018 traten am 7. August 2018 in Kraft.

Am 7. Mai 2019 wurden folgende Änderungen vorgenommen:

- Anhang I: Erweiterung des Anhangs um zusätzliche Meldungen
- Anhang II: Erweiterung des Anhangs um zusätzliche Meldungen
- Anhang III: Erweiterung des Anhangs um zusätzliche Meldungen
- Anhang IV: Erweiterung des Anhangs um zusätzliche Meldungen

Die Änderungen vom 7. Mai 2019 traten am 8. Mai 2019 in Kraft.

Am 11. Februar 2020 wurden folgende Änderungen vorgenommen:

- Abschnitt 8: Ergänzung der Bezeichnung des Aufsichtsbereichs Geldwäschereiprävention und Andere Finanzintermediäre
- Anhänge I, II und III: Aufnahme eines Hinweises zur zentralen Zuständigkeit des Aufsichtsbereichs Geldwäschereiprävention und Andere Finanzintermediäre für Meldungen nach dem SPG/der SPV
- Anhang I: Erweiterung des Anhangs um zusätzliche Meldungen
- Anhang II: Erweiterung des Anhangs um zusätzliche Meldungen
- Anhang III: Erweiterung des Anhangs um eine zusätzliche Meldung
- Anhang IV: Ergänzung der Bezeichnung des Aufsichtsbereichs Geldwäschereiprävention und Andere Finanzintermediäre

Die Änderungen vom 11. Februar 2020 traten am 12. Februar 2020 in Kraft.

Am 5. Mai 2020 wurden folgende Änderungen vorgenommen:

- Abschnitt 8: Ergänzung der Kontaktdaten der Abteilung Abwicklung (Abwicklungsbehörde) sowie der Gruppe Regulierungslabor/Finanzinnovation
- Anhang I: Erweiterung des Anhangs um zusätzliche Meldungen
- Anhang III: Anpassung des Anhangs an geänderte gesetzliche Grundlagen (AIFMG-Revision)
- Erweiterung der Mitteilung um Anhänge V (e-Service Meldepflichten im Zuständigkeitsbereich der Abteilung Abwicklung (Abwicklungsbehörde)) und VI (e-Service Meldepflichten im Zuständigkeitsbereich der Gruppe Regulierungslabor/Finanzinnovation)

Die Änderungen vom 5. Mai 2020 traten am 6. Mai 2020 in Kraft.

Am 22. September 2020 wurden folgende Änderungen vorgenommen:

- Abschnitt 4, 5 und 6: Änderung der zugelassenen Legitimationsmittel «lilog oder «lisign» auf «eID.li» samt Aktualisierung der Fussnote 1
- Anhang III: Ergänzung des Anhangs um Fussnote 7 (Verordnung (EU) Nr. 600/2014) und 10 (Verordnung (EU) Nr. 909/2014), sowie die Abänderung des Wortes «sind» in «waren» «erstmalig [...] meldepflichtig.» in Fussnote 9

Die Änderungen vom 22. September 2020 traten am 23. September 2020 in Kraft.

Am 22. Dezember 2020 wurden folgende Änderungen vorgenommen:

- Rechtliche Grundlagen: Aufnahme «Art. 11 ff. E-GovG» und Löschung von «Art. 23 E-GovG» sowie «Art. 13 E-GovV»
- Anhänge: Ergänzung um «Änderungsverzeichnis»
- Abschnitt 2: Anpassung Verweis aufgrund Löschung des Absatzes 2 von Art. 6 E-GovG – Änderung i.Z.m. Inkrafttreten des neuen E-GovG per 1. Januar 2021
- Abschnitt 4: Aktualisierung Verweise i.Z.m. E-GovG

- Abschnitt 7: Löschung Absatz betreffend alternative Übermittlungsmethode sowie Berechnung Mehraufwand
- Änderungsverzeichnis: Umstellung des Abschnitts 12 an das Ende des Anhangs
- Neunummerierung Schlussbestimmungen und Inkrafttreten: Bisheriger Abschnitt 13 wird Abschnitt 12
- Inkrafttretensbestimmungen: Löschung unter dem Kapitel Schlussbestimmungen und Aufnahme im Änderungsverzeichnis
- Anhang I: Erweiterung des Anhangs um eine zusätzliche Meldung
- Anhang II: Ergänzung der Meldungen «Jährliche Berichterstattung für Vorsorgeeinrichtungen nach Art. 18 Bst. b Abs. 2 BPVG» und «Jährliche statutarische Berichterstattung für Versicherungen nach Art. 99» um das Wort «quantitative» Berichterstattung sowie Erweiterung des Anhangs um sieben zusätzliche Meldungen
- Anhang IV: Erweiterung des Anhangs um eine zusätzliche Meldung
- Erweiterung der Mitteilung um Anhang VII (e-Service Meldepflichten aufgrund der Marktmissbrauchsverordnung (Verordnung (EU) Nr. 596/2014))

Die Änderungen vom 22. Dezember 2020 treten am 1. Januar 2021 in Kraft.

Am 26. Oktober 2021 wurden folgende Änderungen vorgenommen:

- Neufassung/Umbenennung Kapitel 9 «Datenqualität»

Die Änderungen vom 26. Oktober 2021 treten am 9. November 2021 in Kraft.

Am 26. Oktober 2021 wurden folgende Änderungen vorgenommen:

- Neufassung/Umbenennung Kapitel 9 «Datenqualität»

Die Änderungen vom 26. Oktober 2021 treten am 9. November 2021 in Kraft.

Am 16. April 2024 wurden folgende Änderungen vorgenommen:

- Totalrevision

Die Änderungen vom 16. April 2024 treten am 1. Mai 2024 in Kraft.